

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 120.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Freitag, den 24. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Abt. 11753-54

Oberschlesiens Schicksalstag.

Paris, 24. Juni. (WIB.) „Intransigent“ glaubt, daß in den ersten zehn Tagen des Monats Juli das Schicksal Oberschlesiens von der Interalliierten Abstimmungskommission geregelt werde.

Laurens, 24. Juni. (WIB.) Die Aufständischen sind in den Besitz der Mitgliederlisten der deutschen Gewerkschaften gekommen und haben in diesen Tagen etwa 20 Angehörige dieser Gewerkschaften verhaftet und verschleppt; auch Verhandlungen sind dabei vorgekommen.

Briand über Oberschlesien und Sanktionen.

Paris, 24. Juni. (WIB.) Heute nachmittag wird der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung abhalten, in der Ministerpräsident Briand sich über die Angelegenheiten der äußeren Politik, namentlich über die ober-schlesische Frage, die Sanktionen im Rheinland und die Orientfrage ausprechen wird.

Deutsche Wiederaufbauarbeiter.

Paris, 24. Juni. (WIB.) Wie „Petit Parisien“ mitteilt, werden in der kommenden Woche zwischen Staatssekretär Bergmann, Guggenheimer und Coucheur Verhandlungen über den Wiederaufbau geführt werden.

Polens Schiffsfahrtsrecht in Danzig.

Genf, 24. Juni. (WIB.) Der Völkerbundsrat hat beschlossen, daß jede Fabrikation von Waffen, Jagdgewehre einbezogen, in Danzig unerschütterlich eingestellt werden soll.

Die Ausschreitungen in Polen.

Posen, 24. Juni. (TL.) Die Deutschen in Polen nehmen ihren Fortgang; teilweise nimmt sie antisemitischen Charakter an. Deutsche in Anstellungsbüros werden von der Volksmenge in Gegenwart der Polizei gezwungen, Erklärungen abzugeben.

Labour Party und Sozialisierung.

London, 24. Juni. (EE.) Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Brighton beschloß, die Bergarbeiter auch weiterhin materiell zu unterstützen. Alle Gewerkschaften werden aufgefordert, die Bergarbeiter, die die Opfer einer Ausperrung seien, mit Geldmitteln im Kampfe zu fördern.

Gegen Lloyd George.

London, 24. Juni. (EE.) „Manchester Guardian“ veröffentlichte gestern einen Artikel, wonach innerhalb der englischen Regierung ein Komplott aufgedeckt wurde, um Lloyd George zu stürzen.

Die Konferenz der Dominions in London tagte, nicht für geeignet gehalten, um eine Kabinettskrise herbeizuführen. Es bestche zweifellos ein Komploit gegen Lloyd George, und dessen Mittelpunkt sei Churchill, welcher übrigens auch der Angelpunkt jeder künftigen Regierungskombination sein werde.

Auflösung von Selbstschutz-Verbänden.

Wie die P.M. hören, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Reichspräsidenten herauskommen, die die Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände verfügt, um den Bestimmungen des Ultimatums gerecht zu werden.

Zunahme der Erwerbslosennot.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages legte am Freitag die Beratung über die Erwerbslosenfürsorge fort. Abg. Keding (Soz.) führte aus: Die Frage der Erwerbslosenfürsorge ist die Kernfrage des Wiederaufbaus und der Reparation.

40 Proj. der Gesamtzahl

der früher in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter sind jetzt arbeitslos! In Posen hat daher die gefährliche einseitige Kommunalpolitik der Friedenszeit eine unbeschreibliche Arbeitslosigkeit verursacht.

Für die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der rheinischen Textilindustrie sind einerseits die Sanktionen, andererseits aber auch Lurus- und Umsatzsteuern verantwortlich. Diese Steuern sind gefährlich für alle Qualitätsarbeit, auch in der Leder- und Metallindustrie und im Kunstgewerbe.

der wirkliche Lurus erschalt

wird. Im Westen sind die Zustände unerträglich. Durch die Besetzung des Rheinlandes hat dort eine unerhörte Korruption Platz gegriffen. In der Textilindustrie findet ein ungeheurer Preiswucher statt, welcher auf die Wirkung der Kartellpolitik zurückzuführen ist.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) suchte im Anschluß an den Vorredner in eingehenden Einzelausführungen nachzuweisen, wie schädlich die Lurussteuer in den einzelnen Industrien gewirkt habe.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss über das Lager Stargard. Wie die P. M. hören, wird zur Nachprüfung der Klagen, die im Hauptausschuß des Preussischen Landtages über die Zustände im Internierungsager Stargard laut geworden sind, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt werden.

Der deutsche Vorkämpfer Schamer hatte gestern eine Unterredung mit Lord Curzon.

Die Schweizer Sozialdemokratie gegen Moskau. In der Abstimmung des sozialdemokratischen Bundes über die Frage, ob die jetzige Gewerkschaft beibehalten werden soll, stimmten 8502 Mitglieder mit Ja und 768 mit Nein.

Der türkisch-griechische Gegensatz. Auf der Konferenz in Paris waren Griechenland und Serbien darin übereingekommen, den Kemalisten Zugeständnisse in Smyrna und Thrazien zu machen — auf Kosten Griechenlands. Man war infolgedessen an Griechenland mit der Aufforderung getreten, die angelegte Offensive in Kleinasien aufzuheben und in Verhandlungen einzutreten.

Sowjetische Weganfang. Revis Halbmonatsschrift heißt ab 1. Juli nicht mehr „Sowjet“, sondern „Unser Weg“.

Neue Gestaltung der Lohnsteuer.

Vom Wilhelm Reil.

Durch die Novelle vom 24. März 1921 ist das Einkommensteuergesetz bereits so gestaltet worden, daß es die Grundlage für eine Lohnsteuer bilden kann. Die wesentliche Neuerung, die diesem Zweck diente, bestand in der Änderung des Steuerziffern, in dem der Steuerfuß für alle Einkommen bis zu 24000 M. gleichmäßig auf 10 Proz. festgesetzt wurde.

Zum Zweck der Entlastung der Steuerbehörden soll nun die persönliche Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger, bei denen nur der gleichmäßige Steuerfuß von 10 Proz. in Frage kommt, die also ein Einkommen von nicht mehr als 24000 M. haben, in Wegfall kommen.

Neben dem neuen Tarif soll das Einkommensteuergesetz durch die oben erwähnte Novelle weitere Änderungen erfahren, die der Umwandlung des Steuerabzugs in eine endgültige Abgeltung der Steuerschuld Rechnung tragen.

Erst am 20. Juni ist diese Gesetzesvorlage an den Reichstag gelangt. Wenn auch, wie zu hoffen ist, ihre Verabschiedung noch vor der Sommerpause des Reichstages gelingt, so ist doch mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli nicht mehr zu rechnen.

Die Reichsfinanzverwaltung gedenkt nun, das Lohnsteuergesetz erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, nachdem im Oktober eine Personenstandsaufnahme vorgegangen sein wird, bei welcher der Arbeiter, Angestellte oder Beamte die Zahl seiner Familienmitglieder, für die er Abzüge bzw. Steuerermäßigungen beanspruchen kann, und evtl. auch sonstige für die Steuerleistung maßgebende Familienverhältnisse angeben hat.

Welches sind nun die wesentlichen Bestimmungen der Vorlage, die, nebenbei bemerkt, wieder in die Form einer Änderung des Einkommensteuergesetzes gefaßt ist und die Ueberschrift „Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn trägt?“

Erstens umschreibt sie ausführlich den Begriff des Arbeitslohnes. Als Arbeitslohn gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienste beschäftigte oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen. Auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen fallen darunter.

Zweitens wird bestimmt, daß der Arbeitgeber vom Arbeitslohn 10 Proz. mit gewissen Ermäßigungen einzubehalten hat. Diese Ermäßigungen sind: 1. je 40 Pf. täglich (2,40 M. wöchentlich, 10 M. monatlich) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau; 2. 60 Pf. (bzw. 3,60 M., bzw. 15 M.) für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind; 3. 60 Pf. (bzw. 3,60 M., bzw. 15 M.) für Werbungskosten, Versicherungsbeiträge usw.

Um diese Beträge vermindert sich, wohl bemerkt, der Betrag, den der 10prozentige Abzug ausmacht.

Die unter 1 und 2 genannten Ermäßigungen sind in anderer Berechnungsform schon seit 1. April d. J. in voller Höhe in Kraft, die unter 3 genannten dagegen nur zum Teil, nämlich soweit es sich um die gesetzlichen Versicherungsbeiträge handelt. Ein Abzug von dem zu versteuernden Einkommen für Fahrtkosten, Arbeitskleider und sonstige sogen. Werbungskosten, für Beiträge zu einer Lebensversicherung, für Gewerkschaftsbeiträge usw. ist dagegen beim Steuerabzug noch nicht durchgeführt. Da der Lohn- und Gehaltsempfänger auf einen solchen Abzug aber vom 1. April ab Anspruch hat, muß die Bestimmung über die Höhe dieses Abzugs mit Rückwirkung vom 1. April ab in Kraft treten.

Die Regierungsvorlage bemißt den für Werbungskosten, Beiträge usw. vom Steuerabzug freizustellenden Jahresbetrag auf 1800 M., was umgerechnet auf den Arbeitstag (bei 300 Arbeitstagen) einen Steuerbetrag von 60 Pf. ergibt. Es fragt sich, ob dieser Betrag für alle Fälle hoch genug bemessen ist. Die Regierung selbst verneint diese Frage und schlägt vor, daß dem Steuerpflichtigen das Recht der persönlichen Veranlagung zustehen soll, sofern er Anspruch auf einen Abzug für Werbungskosten von mindestens 2700 M. erheben kann. Es wird aber Vorkehr zu treffen sein, damit auch der Steuerpflichtige, der Werbungskosten von zwar mehr als 1800 M., aber weniger als 2700 M. hat, zu seinem Recht kommt.

Lohn- und Gehaltsempfänger, die neben dem Arbeitseinkommen noch anderes Einkommen haben, sollen der Veranlagung unterliegen, wenn das Einkommen aus anderen Quellen mindestens 300 M. beträgt. Hier wird in Rücksicht auf die Kosten der Veranlagung eine Erhöhung auf wenigstens 500 M. zu verlangen sein.

Unständliche Arbeiter, die am selben Tag oder in derselben Woche bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind, und bei denen die Ermäßigung für Frau und Kinder und die Werbungskosten nicht auf die verschiedenen Arbeitgeber verteilt werden können, sollen einem Steuerabzug von 7 Proz. statt von 10 Proz. unterliegen. Hier fragt es sich, ob der Abschlag von 3 Proz. ein ausreichender Ausgleich für die gesetzlich vorgezeichneten Ermäßigungsabzüge ist.

Wemert sei noch, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit mehr als 24 000 M. Jahreseinkommen zwar auch künftig dem 10prozentigen Steuerabzug unterliegen, aber am Jahreschluß veranlagt werden und den abgezogenen Betrag auf ihre Steuerschuld angerechnet bekommen.

Reaktionäre unter sich.

Die Sozialdemokratie ist seit langer Zeit das Sorgenkind der Deutschen Volkspartei. Diese sieht auch heute noch, getreu ihrer nationalliberalen Vergangenheit, auf dem mannhaften „Einerseits-Anderserseits-Standpunkt“; sie wirbt zwar um den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, wenn es sich vorteilhaft trifft, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung für volksparteiliche Handlungen tragen könnte, sie ist aber gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie, wenn ihr „Liebeswerben“ ihr von den Deutschnationalen vorgehalten wird.

Die offizielle Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlichte aus Weignitz eine Zuschrift, die sich mit Stresemanns Freiburger Rede beschäftigt. Es wird gesagt, Stresemann in Freiburg ausgesprochene Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie zu arbeiten, sei nichts weiter als „das alte Liebeswerben um die Sozialdemokratie“. Weiter heißt es in der Zuschrift:

„Und da ist es der volksparteiliche Führer Stresemann, der die Forderung stellte, daß auch diese bescheidenen Fortschritte wieder beseitigt werden, mit anderen Worten, daß mindestens die Braun und Severing wiederkehren. Diese Stellung kommt praktisch darauf hinaus, daß Stresemann es ablehnt, in eine rein bürgerliche Regierung einzutreten.“

Diesen schweren Vorwurf darf die Deutsche Volkspartei selbstverständlich nicht auf sich ruhen lassen, und so rückt sie in ihrem offiziellen Parteiorgan, der „Nationalliberalen Korrespondenz“, weit von diesem Verdacht ab. Es wird als grobe „Fälschung der Wahrheit“ bezeichnet, daß Stresemann es ablehne, an einer rein bürgerlichen Regierung teilzunehmen, und besonders empört wird die Vermutung zurückgewiesen, als beabsichtige Stresemann — die Wiederkehr von Braun und Severing herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie kann diesen Auseinandersetzungen der im Augenblick feindlichen Brüder mit stiller Heiterkeit zusehen, ohne sich in den Streit der beiden einzumischen. Erfruchtlicher Weise liegen die Dinge etwas anders, wie die „Nationalliberalen Korrespondenz“ sie darstellt. Die Wiederkehr sozialdemokratischer Minister in Preußen hängt denn doch von ganz anderen Faktoren ab als von der Gnade Stresemanns.

Philosophie und Proletariat.

In den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit macht sich ein geistiges Streben bemerkbar, das für die Zukunft ohne überschwinglichen Optimismus zu frohen Hoffnungen berechtigt. Zwei Klassen, zwei Weltanschauungen ringen miteinander um die Macht, und während das Bürgerium langsam, aber unaufhörlich von der geistigen und wirtschaftlichen Bühne des Jahrhunderts zurücktritt, gewinnt „der vierte Stand“, das Proletariat, Schritt für Schritt alle Positionen, um sie neu auszubauen und mit neuem Geiste zu erfüllen.

Vorher bestimmte Folgerscheinungen, die mit dem Aufstreben neuer Ideen Leben gewinnen, zur Auswirkung gelangen, müßten diese Ideen in ihren Trägern vorhanden sein. Bürgerliche Wirtschaft, bürgerliche Geschichte, bürgerliche Kunst konnte es erst geben, als die Klasse des Bürgeriums sich als Klasse konsolidiert hatte. Hieraus erst entstand die Philosophie der bürgerlichen Wirtschaft, der bürgerlichen Geschichte, der bürgerlichen Kunst. Ebenso ist es mit der nunmehr beginnenden Geschichte des Proletariats. Von einer proletarischen Philosophie kann erst gesprochen werden, wenn das Proletariat sich in dem festen Gefüge einer Klasse zusammengefunden hat.

Das Sehnen der Arbeiterschaft geht nach der Erringung wirtschaftlicher und geistiger Güter. Die Frage nach den letzten Dingen, nach dem Woher und Wohin, nach dem Wozu und Weshalb, ist ein Problem, das alle Menschen beschäftigt, und das „Sich-Bewußtsein“, das schon Plato als den Beginn aller Philosophie bezeichnet hatte, ist allen Menschen gemeinsam. Die Philosophie will uns nun eine Anschauung von der Welt geben. Sie prüft die Mittel unserer Erkenntnis mit der scharfen Sonde der Kritik. Sie untersucht die Gesetze der Moral und der Sittlichkeit und beantwortet diese Fragen verschieden in den verschiedenen Jahrhunderten. Sie prüft die Lehre vom Schönen und vom Erhabenen und untersucht die Wurzeln der Religion. Wenn sie auch die letzten Fragen nach „Gott, Freiheit und Unsterblichkeit“, wie Kant sie formulierte, nicht zu beantworten vermag, so gibt sie uns doch einen Begriff vom Sein und Werden, das uns innerlich festigt und uns zu reiferen Menschen macht.

In diesem Sinne begrüßen wir ein Werk unseres Genossen Karl Vorländer, das dieser unter dem Titel „Volkstümliche Geschichte der Philosophie“ soeben bei J. F. W. Dieck, Stuttgart, herausgibt (Preis 28,80 M. einsch. Levertungszuschlag). Vorländers Rede dürfte den meisten unserer Parteigenossen nicht fremd sein, steht er doch neben Conrad Schmidt, Eduard Bernstein, Max Adler u. a. seit Jahrzehnten in der ersten Reihe der philosophischen Denker, die ihren Ausgang von der proletarischen Bewegung genommen haben und für diese Bewegung ihr Bestes einsetzen. In einer für ein philosophisches Lehrgebäude

Wenn zwei das Gleiche tun...

Der Aufruf der Breslauer Genossen zur Bildung eines republikanischen Selbstschutzesverbandes hat die helle Wut der Reaktionäre hervorgerufen, obwohl er die Erstzinst der Orgeß als Rechtsgrund nimmt. So tobt die „Deutsche Tageszeitung“: Das Wesen dieses „Selbstschutzes“ charakterisiert sich schon daraus, daß die Begründung seines Zweckes eine Lüge, die Tat selbst aber ein Verbrechen bedeutet. Es ist nicht wahr, daß die Orgeß parteipolitische oder antirepublikanische Ziele verfolgt, ihre Zusammenfassung aus allen Kreisen und ihre Satzungen beweisen dies. Dagegen gehen die sozialdemokratischen Bestrebungen bemüht auf eine Spaltung des Volkes aus und scheinen letzten Endes auf die Schaffung einer revolutionären Garde auszugehen. Dies ist die schwerste Verfündigung am deutschen Volke und sollte von Seiten der Regierung eine entsprechende Behandlung erfahren. Hoffentlich läßt sich diese nicht von dem wachsenden sozialistischen Einfluß zur Duldung derartiger Bestrebungen bestimmen.

Das also ist das „gleiche Recht für alle“, auf das sich gerade die Deutschnationalen jetzt so furchtbar gern berufen. Wir wollen selbst einmal annehmen, die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Orgeß unpolitisch sei, entspräche den Tatsachen, so wenig es in Wirklichkeit der Fall ist. Dann hätte immer noch jeder Deutsche das Recht, von sich aus eine ähnliche Organisation ins Leben zu rufen. Seit wann hat denn eine private Vereinigung ein Monopol, seit wann besteht denn ein Zwang, sich einer ganz bestimmten Vereinigung anzuschließen? So wenig alle Leute, die gemeinschaftlich turnen wollen, gezwungen werden können, sich einundderselben Turnvereinigung anzuschließen, so wenig können alle Leute, die einen Selbstschutz ausüben wollen, in eine bestimmte private Vereinigung hineingezwungen werden.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ ein Einschreiten der Regierung fordert, so fordert sie daher die Regierung zu einem unehrenhaften Rechtsbruch, zu einem Eingriff in das freie Vereinigungsrecht auf. Uns Sozialdemokraten gefällt eben die Orgeß nicht. Wir haben gute Gründe, ihren reaktionären und gegenrevolutionären Charakter als erwiesen anzusehen. Aber über unsere Gründe sind wir nicht einmal Rechenschaft schuldig. Wenn uns wirklich bloß die Nase des Herrn Escherich nicht gefiele, so könnte uns auch dann niemand hindern, nachdem nun einmal die Berichte eine Organisation wie die Orgeß für verfassungsgemäß erklärt haben, eine Organisation nach den gleichen Grundsätzen aufzubauen. Was die „Deutsche Tageszeitung“ von „Spaltung des Volkes“ heulmeiert, ist völlig belanglos. Davon steht nicht das mindeste in sämtlichen einschlägigen Rechtsvorschriften, und weder Regierung noch Gerichte haben das mindeste Recht, nach diesem Gesichtspunkt hin private Organisationen zu begutachten.

Monatelang haben die Reaktionäre das Recht von Selbstschutzorganisationen wütend verteidigt. Sie haben ihren Standpunkt gerichtlich durchgesetzt. Nun, wo die Arbeiterschaft die Konsequenz daraus zieht, ist es auf einmal ganz was anderes! Die Wut der Reaktion über das Breslauer Vorgehen spricht jedenfalls sehr für seine Zweckmäßigkeit.

Auch ein Marx-Kritiker!

In einer gestern abend vom Bezirksverband der katholischen Vereine in München abgehaltenen Versammlung ergriff der bayerische Ministerpräsident v. Kahr das Wort zu einer Rede, aus der folgende Stellen wiedergegeben seien:

Das deutsche Volk ist ein Arbeitervolk geworden. Unsere Sozialpolitik konnte nicht verhüten, daß die Arbeiterklasse ihre wirtschaftlichen Gegensätze gegenüber dem Unternehmer auf Staat und Gesellschaft übertrug. Aber noch eine bedeutsame Wandlung vollzog sich im deutschen Volke mit seiner industrialistischen Entwicklung. Der Geist eines großen Materialismus trübte alle

ungewöhnlich klaren und verständlichen Sprache gibt uns Vorländer, der selbst in seinen Gedantengängen Kant nahesteht, ein Bild von der Vorstellung der Welt, wie sie sich seit den ersten Anfängen der griechischen Naturphilosophie über Plato und Aristoteles, über die Scholastiker, die deutsche Aufklärung, Kant und die neukantische Bewegung bis in die jüngste Zeit hinein in den Köpfen der um eine Weltanschauung ringenden Denker gestaltet hat. Vorländer bietet uns mehr als ein rein geschichtliches Material. Jede Gesichtsepoche ist — was die Forschungsmethode des „materialistisch“ geschulten Sozialisten kennzeichnet — gründlich auf ihre ökonomische Basis untersucht und die wirtschaftlich-geschichtlichen Zusammenhänge werden musterhaft erhell. Aus der Fülle der Systeme ist es dem philosophischen Laien schwer, seinen eigenen Weg zu finden, selbständig weiterbauend oder im Anschluß an einen Denker. Vorländer ist ein Führer, dem wir uns gern anvertrauen können. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Arbeiterschaft in Zukunft auch in Fragen der Philosophie in einen geistigen Weltkampf eintreten wird, und auch in dieser Auseinandersetzung wird sie siegreich bestehen, wenn sie Engels' großen Wortes eingedenk bleibt: „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, abzustammen nicht nur von Saint Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel.“

Dr. W. Beijer.

Die geistigen Arbeiter sollen warten! An den Reichswirtschaftsrat hat der Vorstand des Buchhändler-Börsenvereins ein Schreiben gerichtet, das zu den Verhandlungen des Unterausschusses zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit Stellung nimmt.

Der Börsenvereinsvorstand wendet sich darin gegen die Kulturabgabe in der geplanten Form. Sein Widerstand richtet sich vor allem gegen den Plan, die Kulturabgabe in Form eines vom Verbraucher zu tragenden Zuschlags auf den Ladenpreis zu erheben, und dagegen, daß im Reichswirtschaftsrat die Vertreter der geistigen Arbeiter die Frage anhängig machen, während die Vertreter des deutschen Buchhandels im Reichswirtschaftsrat fehlen.

Der Börsenvereinsvorstand erklärt es für nötig, erst die Möglichkeit des ganzen Planes zu besprechen, ehe der vom Unterausschuß ausgearbeitete Fragebogen beantwortet wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Herren sich mit dieser Bepfropfung ein wenig beilisten. Denn die Forderung der geistigen Arbeiter droht einen so erschreckenden Umfang anzunehmen, daß nur eine schleunige, tatkräftige und radikale Abhilfe sie vor der gänzlichen Verelendung schützen kann.

Quellen wahrer Volkskraft. Er brachte die deutsche Seele vorzeitig zum Erlahmen und eine weitere Verschärfung des Klagengefühles. Das waren die traurigen Folgen unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Auch die Revolution, selbst diesem Nährboden entsprungen, hat uns keine Befreiung von diesem Uebel gebracht. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit muß nach dem Grundgesetz völliger Gleichberechtigung geordnet werden. Es darf keine Bevorzugung des einen vor dem anderen erfolgen. Unser Ziel muß sein eine treue nationale und soziale Gemeinschaft. Die Ereignisse haben den Beweis des Bankrotts des Marxismus erbracht. Eine Erneuerung des deutschen Volkes kann nur werden von jenen Idealen, um welche sich eine treffliche und starke Arbeiterschaft schart. Der deutschen Arbeiterschaft aber ist heute eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung zugefallen.

Diese Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten zeigen unternehmbar das Bestreben, das auf den Rußpunkt geklunene Vertrauen der Arbeiterschaft für Kahr aufs neue zu gewinnen. Dabei beweisen seine Worte eine solche Verkennung der historisch-ökonomischen Entwicklung, daß es jedem in der deutschen Wirtschaftsgeschichte auch nur einigermaßen bewanderten Arbeiter eine Leichtigkeit wäre, Kahr's Ausführungen restlos zu widerlegen. Mit seiner Kritik am Marxismus begibt sich der bayerische Ministerpräsident auf ein Feld, auf dem er nicht zu Hause ist; desgleichen ist seine Kritik des „Materialismus“ so unzutreffend, daß er es in seinem eigenen Interesse unterlassen sollte, in eine Diskussion über diese Fragen einzutreten. Schon Größere sind an den Problemen des Marxismus gescheitert, und die gewaltige Mehrzahl derer, die ihn wissenschaftlich „widerlegt“ zu haben glaubten, sind heute vergessen, während der Name Karl Marx unverdunkelt strahlt und nicht nur der deutschen, sondern der Arbeiterschaft der Welt als helle Flamme auf ihrem Wege voranleuchtet.

Arbeiterschaft und Grubenunglück.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion, Genossen Braun, und Husemann, haben namens der übrigen Mitglieder der Landtagsfraktion der SPD. folgende große Anfrage an das Preussische Staatsministerium gerichtet:

Bekanntlich ereignete sich am 20. Juni auf der Grube Mont Genis in Westfalen eine Schlagwetterkatastrophe. Nach Pressemitteilungen sind bereits 83 Tote zu verzeichnen. Dieses Unglück ist wohl das größte, das den Ruhrbergbau seit der suchbaren Katastrophe auf der Zeche Rabbod 1911 getroffen hat. Die Gefahr, daß sich ähnliche Grubenkatastrophen auch in Zukunft ereignen, ist nicht beseitigt.

Wir fragen deshalb das Staatsministerium, ob es bereit ist, Auskunft zu geben über die Ursachen des Unglücks?

Welche Maßnahmen gedenkt es zu ergreifen, solche Katastrophen für die Zukunft zu verhüten?

Ist es wahr, daß das Preussische Handelsministerium Vertreter zur Untersuchung nach der Unfallstelle entsandte, aber keine Vertreter der Arbeiterschaft hinzuzog?

Die blinden Ragen.

In der „Deutschen Tageszeitung“ tobt sich der „Agl.“ Sandrat v. Herzberg darüber aus, daß der Deutsche Bergarbeiterverband den streikenden Kohlengräbern Englands eine Unterstützung gefandt hat und daß unter deutschen Arbeitern Geld für die russischen Opfer des Bolschewistenterrors gesammelt wird. „Da faßt man sich offen an die Stirn und kommt auf den Gedanken, für irgend etwas ganz Verächtliches, vielleicht ein Heim für alternde oder erblindete Ragen, zu sammeln.“

Daß die deutschen Arbeiter selbst in ihrer größten Not für ihre kämpfenden und leidenden Brüder in der Welt immer noch etwas übrig haben, wird ihnen immer zur Ehre gereichen. Für die Deutschnationalen aber bleibt es kennzeichnend, daß ihnen die streikenden Bergarbeiter Englands und die sozialdemokratischen Kämpfer gegen das russische Gewaltsystem ebensowohl gelten wie „erblindete Ragen“. Der Vergleich trifft eher auf sie selbst zu, denn sie sind politisch ebenso scharfsichtig wie blinde Ragen, sie sind nur viel unsympathischer als sie.

binden, vom Schöpfer einen bestimmenden, fest bestimmten Eindruck zu verschaffen. Die großen Werke erleben wir im Konzert, im Theater. Am kleinen, kammermusikalischen, herzöffnenden Kunstwerk, an den aparten schöpferischen Kleinigkeiten der Genialtöne erkennt ihr den univervellen, für alle und jeden Schaffenden. Die äußerst schmucke Sammlung berühmter Musikwerke keinen Formats, die der Drei-Masten-Verlag (München) herausgibt, ist ein Beleg dafür. Verständnissvolle Einführung durch berühmte Stiffen und Renner und dann in gutem, lauberen Stich abgeflochten erste, schlichte, spielerische, weibliche, künstlerisch starke musikalische Kleinwerke, die jeder im Volk versteht: Bachs Chorgeränge, Beethovens „Bagatellen“, Handels Ariens, Mozarts gefesselte Terzette, Vieder ohne Worte, Gefänge Wagners, Berlioz', Corneilus', Walzer von Kammer, eine Weber-Sonate — eine erquickende Vielfaltigkeit, Musik außerhalb jeder Richtung, historisch und doch ewig lebendig, wirkliche musikalische Stunden — Bücher häuslicher Ansdacht!

Ein wiedererstandener Harnus? Auf einer Wiese des Pariser Bois de Boulogne ist dieser Tage der Flieger Poulain über eine Strecke von etwa 12 Metern geflogen, wobei er sich lediglich der Kraft seiner Muskeln bediente. Das dazu benutzte Fahrrad, das den Vogeßflug ohne Zufußnahme des Motors nachzuahmen trachtet, bedeutet freilich nur den ersten kleinen Schritt zum motorlosen Flugzeug. Es ist ein leichtgearbeiteter Apparat mit zwei gleichgroßen Rädern, das Hinterrad ist mit zwei Flügeln versehen, die ihm das Aussehen eines winzigen Aeroplans geben, den der Flieger durch ein einfaches System in Tätigkeit leht. Poulain fuhr erst 200 Meter auf dem Parkweg und betätigte dann das Triebwerk. Das Fahrrad erhob sich daraufhin einen halben Meter von der Erde und machte einen Flug von 5 Metern. Beim zweiten Versuch wurde die Flugleistung auf 8 Meter gesteigert; beim dritten Male erhob er sich zu einem Meter Höhe und flog eine Strecke von 12 Metern. Ein Fahrradkontrollapparat zeigte an, daß Poulain eine Stundengeschwindigkeit von 48 Kilometern erreicht hatte.

Die Kunst der Geräusche. Bisher war die Musik die Kunst der Töne; nun soll sie die Kunst der Geräusche werden. So fordern es die „Brutisten“, eine Künstlergruppe, die in der Musik etwa dieselben Ziele verfolgt, wie der Dadaismus in der Dichtung. Der bekannte Futurist Marinetti hat jetzt diese „Kunst der Geräusche“ in einem Konzert den Pariskern vorgeführt, und zwar waren es hauptsächlich Kompositionen des Italiensers Russolo, die mit den von dem Komponisten für seine Werke erfundenen Instrumenten zu Gehör gebracht wurden. „Diese brutistischen Instrumente“, so lesen wir im „Journal des Débats“, „lassen Geräusche hören, die an das Knattern von Maschinengewehren, das Raseln einer Kaffeemühle und das Fauchen wilder Tiere erinnern. Wir hatten Schwierigkeiten, irgendwelche Unterschiede zu erkennen. Marinetti, der mit einem besseren Gehör ausgestattet ist, versichert aber, daß wir eines Tages die Schönheit des Geräusches empfinden werden. Hoffen wir es.“

Das Deutsche Automobilistische Institut in Dabitz, das bisher von der Stadt Berlin vermollet wurde, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten und soll an das Reich abgetreten werden.

Groß-Berlin

Die Reaktion eint das Proletariat.

Am 21. d. M. fand in Berlin-Niederschönhausen eine gemeinsame öffentliche Versammlung der SPD, USPD und KPD. mit dem Thema: „Der Mord an dem Genossen Gareis, der Aufmarsch der Konterrevolution und die wertvolle Besetzung“, statt. Die von weit über 1000 Personen besuchte Versammlung wurde durch den Gesangsverein „Zukunft“ mit dem Liede „Auf Freunde, laßt das Lied erklingen“ eröffnet. Es sprachen Rieffahl (SPD), Koplin (USPD) und Fast (KPD). Die Referenten verurteilten den Mord an dem Genossen Gareis und wiesen in nachdrücklicher Weise auf die Gefahren, die die Arbeiterklasse durch die bewaffnete Reaktion bedroht, hin. Es muß betont werden, daß der Verlauf der Versammlung ein geradezu musterhafter gewesen ist. Folgende Entschlüsse wurden vorgeschlagen:

Die heute von über 1000 Frauen und Männern Niederschönhausens besuchte öffentliche Versammlung der drei sozialistischen Parteien verurteilt aufs schärfste den feigen Mord an dem Genossen Gareis; sie fordert von der Regierung die Durchführung der von dem ADGB aufgestellten Richtlinien.

Die reflexlose Entwaffnung der reaktionären Selbstschutzzugorganisation ist beschleunigt durchzuführen. Ebenso ist jede Umwidmung dieser die Sicherheit des Staates gefährdenden Kampfformationen zu verhindern. Die Versammelten erklären, jeden reaktionären Anschlag auf die Republik durch eine geschlossene Einheitsfront abzumehren.

Die Entschlüsse sind einstimmig angenommen. Das lange vernünftige Gefühl der Einigkeit gab der Versammlung besondere Wärme.

Scheimnisvolles Verschwinden eines Knaben.

In tiefste Bekümmernis ist die Witwe Berthold in der Rostocker Straße 49 durch das bis zur Stunde unauflösbare Verschwinden ihres 16jährigen Sohnes verlegt worden.

Am 5. Juni erlitten in der „Morgenpost“ die Anzeige: „Nehme unentgeltlich etwanen neuen Knaben bis zu 16 Jahren mit in die Sommerfrische. D. R. 34 814 Wlstein-Fillack Dinosaur Platz, Kurfürstendamm 188.“

Unter den vielen, die sich hierauf meldeten, befand sich auch die Witwe Berthold. Bei ihr erschien nun am Sonntag, den 19. d. M., ein ihr unbekannter Mann, der sich auf das Inserat berief und sich durch eine von der Waisenkommission der Jüdischen Gemeinde an ihn gerichtete Zuschrift als Sternberg-Saphir aus der Kantstr. 51 auswies. Der Mann erklärte, daß er einem neuen Knaben eine unentgeltliche Sommerfrische wolle angedeihen lassen, und daß er sich deshalb zunächst mit der Jüdischen Gemeinde in Verbindung gesetzt habe. Diese habe ihm auch drei Knaben vorgeschlagen. Die Verhandlungen seien jedoch nicht zum Abschluß gekommen, und er habe nun den Weg des Inserats beschritten. Der angebliche Sternberg-Saphir, der die Zuschrift der Waisenkommission zurückließ, hatte es sehr eilig und drang darauf, daß er gleich am übernächsten Tage mit ihrem Sohne abfahren könne. Die Frau, in der Freude, ihren Sohn eine Sommerfrische angedeihen lassen zu können, war arglos und vertrauensselig genug, um auf alle Vorschläge des Mannes einzugehen. Am Dienstag, den 21. Juni, früh 8.25 Uhr, fuhr der Knabe mit seinem Begleiter vom Steinhilber Bahnhof ab, ohne daß die Mutter wußte, wohin die Reise ging. In ihrer Belohnung ging sie nach Kantstr. 51, fand aber hier nicht einen Sternberg-Saphir wohnhaft, sondern den Zigarrenhändler Saphir, der hier sein Geschäft betreibt. Dieser weiß von dem Fischer seines Namens nichts, als daß er ein paarmal bei ihm war und ihn sah, ob er sich nicht nach seinem Laden schämen lassen dürfte. Er hat auch gehört, daß der Kunde ein paarmal sich mit der Jüdischen Gemeinde durch den Fernsprecher unterhielt. Nach dieser Entdeckung wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, die sofort ihre Nachforschungen nach dem Knaben nach allen Richtungen einleitete. Ihre Ermittlungen ergaben, daß Sternberg-Saphir tatsächlich einmal an die Jüdische Gemeinde geschrieben hatte, er wolle einen 10- bis 14jährigen Knaben in der Sommerfrische mitemehmen.

Alle diejenigen, die über den Verbleib des Mannes mit dem Knaben irgend etwas mitteilen können, werden ersucht, sich im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums bei Kriminalkommissar Gennat zu melden. Der verdächtige Mann ist etwa 41 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat hellbraunes Haar, kurzen Schnurrbart und trägt einen grauen Ledermantel, einen schwarzen Regenmantel, vielleicht Gummimantel, eine Reisetasche, eine gelbe Lederkoffer und einen Spazierstock. Der junge Berthold ist 1,65 Meter groß und gut entwickelt, hat dunkelbraunes bis gelbliches Haar, ein zartes Gesicht und große Augen und trägt einen modellarbenen Hut und Leberzieher, eine schwarz-weiß gemesserte Soppe und blaue Weste und Hose. Ein Kennzeichen ist eine Verkümmung des ersten Gliedes des linken Zeigefingers infolge der englischen Krankheit.

Der Mord im Hotel.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage ist dem Mordprozeß gegen Bod und die Geschwister Raegler wurde die Beweiswürdigung fortgesetzt. Auf Antrag des H. A. Dr. Alsborg wurde u. a. eine Penionsfreundin der Gertrud Raegler vernommen, die der Angeklagten kein ungünstiges Zeugnis ausstellen kann. Der Vorsitzende verlas dann einen Kaffee des Bod an Raegler, in welchem es u. a. heißt: „Denke an meine Mutter, entlaste mich!“ Bod suchte dies dahin zu erklären, daß er den Raegler nur ermahnen wollte, die Wahrheit zu sagen und zuzugestehen, daß er der Haupttäter sei.

Ein Zeuge, der der Verlobte der Schwester des Bod ist, bezeugt, daß dieser viel in seiner Familie verkehrte und Extravaganzen nie bekundet habe. Raegler habe sich immer an ihn herangedrängt und ihn in seine Rede zu ziehen gesucht. „Er habe ihn zu allerlei Schandthaten zu verführen sich bemüht. Auf Vorhalt des H. A. Dr. Halpert bestätigte der Zeuge, daß der Angeklagte Bod immer sehr freundlich, ja sogar weichherzig gewesen sei. Ferner bestätigte er, daß Bod infolge der Verurteilung, die er im Kriege erlitten, ein halbes Jahr lang die Sprache verloren habe.

Die dann vernommene Mutter des Bod, Schwester der verstorbenen Frau Raether, bezeugte, daß Frau Raether schwermütig war, der Kammer über ihre Kinder habe sie immer schweremütiger gemacht, so daß sie sich schließlich das Leben nahm. Der Angeklagte Bod habe in der Jugend einmal eine Gehirnerschütterung erlitten, als er auf den Kopf gefallen war. Er sei immer sehr schwach und ein normales Kind gewesen, im Kriege sei er verkrüppelt worden. Sein Vetter, Ernst Raegler, habe ihn vollständig in seiner Gewalt gehabt. Die Zeugin bezeugte noch verschiedene Fälle von Selbstmord und Selbstmordversuchen, die sowohl in der Familie Raegler und in der Familie Bod vorgekommen seien.

Der Mann mit den vierzehn Bräuten.

Nicht weniger als vierzehn Bräute hatte nach seinem eigenen Geständnis ein Heiratsschwärmer, der bereits von 24 Städten aus, darunter auch Berlin, gesucht wurde, bis es jetzt gelang, ihn in Erlangen festzunehmen. Er ist ein 31 Jahre alter aus Jülichgau gebürtiger Erich Grubert, der früher Fortschaffender war. Wegen Heiratsschwärms bis zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, wurde Grubert Ende Dezember v. J. nach Verbüßung seiner Strafe in Jmidau entlassen. Sofort nahm er seine Spezialität wieder auf und fand bereits wieder 14 Witwen und Mädchen, die ihm in die Falle gingen. In der Uniform eines Fortschaffers spielte er ihnen vor, der Vater seiner verstorbenen Frau sei Fortschaffender und seine eigene Laufbahn in der Fortschaffung sei ausrichtend und gesichert. Sobald er die eine

Bräut oder auch deren Eltern genügend ausgebeutet hatte, verschwand er an einen anderen Ort und suchte und fand dort eine neue. So reiste er, von den Schwindbeuten gut lebend, kreuz und quer durch das ganze Reich.

Bezirksversammlung des 16. Bezirks (Köpenick). Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Dringlichkeitsvorlage des Bezirksamts, Restarbeiten in Höhe von 6,6 Mill. Mark für die 1800 Arbeiter des Bezirks ausführen zu lassen, angenommen. Die bürgerliche Fraktion hatte an der vorbereitenden Ausschussung aus Prestigeuränden, trotz ihrer warmen Teilnahme an den Vermitteln der Armen sich nicht beteiligt. — Verschiedene Anfragen der SPD und USPD wurden vom Bezirksamt zur Befriedigung der Interessenten beantwortet. Die Tagesordnung, die wesentliche Punkte nicht enthielt, wurde ohne besondere Debatten erledigt. In die Fortsetzung der Ortsberatung wurde nicht eingetreten, da der Berichterstatter des Etatsausschusses schied. Neu eingeführt wurde Bezirksverordneter Mah (USP). Die Bürgerlichen hatten diesmal mit den Kommunisten die Rollen getauscht und ergingen sich unter allgemeiner Heiterkeit in milden Angriffen auf das Bezirksamt. Sowohl vom Vorsitzenden des Amtes als auch von den sozialistischen Parteien wurden sie jedoch energisch in ihre Schranken zurückgewiesen.

Gültigkeit der Anordnungen über Wohnungszwangswirtschaft.

Das Wohnungsmangelgesetz (11. Mai 1920) bildet, wie das Reichsgericht am 28. April 1921 entschieden hat, die unbezweifelbare Rechtsgrundlage für Maßnahmen, die nötig werden, um die Wohnungszwangswirtschaft durchzuführen. Als solche gelten beispielsweise Beschlüsse von Wohnräumen und zwangsweise Einquartierung. Anordnungen dieser Art bestehen auch dann zu Recht, wenn sie bereits getroffen wurden, ehe das Gesetz erlassen war. Dieser Entschluß läßt eine vielumstrittene Rechtsfrage.

Berlin—Wriezen—Freienwalde. Eine außerordentlich begrüßenswerte Fahrplanänderung, für die alle Reisenden und Wanderer der Eisenbahndirektion Dank wissen werden, tritt auf der Strecke Berlin—Wriezen zur Verbesserung des Anschlusses nach Freienwalde vom 1. Juli d. J. ab in Kraft. Der vom Schießfeld Bahnhof, Wriezen, Bahnsteig, bisher um 6 Uhr vormittags abgehende Personenzug 681 wird von diesem Tage ab bereits um 5.45 Uhr vormittags gefahren werden und trifft in Wriezen um 7.40 Uhr vormittags ein. Hierdurch wird der Anschluß an den Zug 442 ab Wriezen 7.47 Uhr vormittags gesichert, so daß Reisende nach Freienwalde nunmehr direkten Anschluß in Wriezen haben und bereits um 8.07 Uhr vormittags dort eintreffen.

Eine heilpädagogische Beratungsstelle ist seit Anfang dieses Jahres dem Charlottenburger Jugendamt angegliedert. Die heilpädagogische Beratung soll die Lehrer, Erzieher und Eltern in der Behandlung schwer zu erziehender, meist psychopathischer Kinder unterstützen. Es ist dringend notwendig, gerade diesen Kindern eine verständnisvolle Fürsorge angedeihen zu lassen, um sie vor schweren geistigen und sittlichen Gefahren zu schützen. Mit der Beratung hat das Jugendamt den Lehrer Hauschild betraut, der Montag nachmittags von 6—7 Uhr (mit Ausnahme der Ferien) seine Sprechstunden in der Berliner Str. 137, 2. Hof, 3 Treppen, abhält.

Das Finanzamt in der Gardetaxerne. Die bisher vom Finanzamt Berlin-Lichtenberg benutzten Räume in den Häusern Türschmidstraße 24/26 sollen künftig der städtischen Verwaltung des Verwaltungsbezirks dienen. Das Finanzamt mit der Finanzkasse wird in den Tagen vom 24. d. M. ab in die ehemalige Kaserne des 2. Garde-Regiments zu Fuß, Friedr. Str. 107, gegenüber der Kartstraße, 2 Treppen hoch verlegt. Der an der Haustür Türschmidstraße 25 befindliche Briefkasten des Finanzamtes kann einwillen weiter benutzt werden; er wird wertig gelockert werden. Den Steuerpflichtigen ist zu empfehlen, das Finanzamt in den Tagen vom 24. bis 29. d. M. nicht aufzusuchen. Die Finanzkasse ist spätestens vom 28. d. M. in ihren neuen Räumen für den Verkehr des Publikums bereit.

Rangierers Tod. Auf dem Rangierbahnhof Bantow-Schönhausen wurde der Rangierer August Pelzer von einem abgestoßenen Güterwagen erfasst und überfahren. Dem Verunglückten wurde der Kopf glatt vom Kumpfe getrennt.

Die Kindesleiche im Karren. Auf der Straße zwischen Neubabelsberg und Rosowes beim Kilometerstein 23,9 fand der Lokomotivführer des Güterzuges 8714 die Leiche eines neugeborenen Kindes in einem verknürrten Schuttkarren. Das Paket ist wahrscheinlich aus einem Berliner Vorortzug geworfen worden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Freie Zeitungsarbeit. Funktionärung der SPD-Lehrer. Sonnabend, den 25. Juni, abends 5 Uhr, Rathaus, Zimmer 63.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus, Rönigstraße. Vortrag: Der Frau M. Reiche: Gemeindefürsorge. Entladung der Reichen. Darnach: 2. Geh aus dem Weltentzug (Mendelssohn). Gills mitkommen. — **Kreisvereine.** Die Kameradschaft, Ortsgruppe Köpenick, Mt. Döblich-Bucroci. Beirathung an der Sommerfeier am 25. d. M. um 8 Uhr. — **Reichsbund.** Sitzung am 7. Juli. — **Kolonialverein der Silberarbeiter zu Berlin.** Nächste Sitzung Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal: Reitervereinslokal, Schaustraße 94.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Versicherung gegen die Angestellten.

Dem Reichstage sind vom Reichsarbeitsministerium zwei Gesetzentwürfe zum Versicherungsrecht für Angestellte zugegangen. Der eine Entwurf will den Renteneinzählern aus der Angestelltenversicherung ab 1. Januar 1921 eine monatlich im voraus zahlbare Beihilfe gewähren, wie sie den Sozialrentnern der Invalidenversicherung bereits bewilligt ist. Im Ausschuss gelang es den sozialistischen Vertretern, einige Besserungen gegenüber der Regierungsvorlage durchzusetzen.

Der zweite Gesetzentwurf will die Beiträge, das Beitragsverfahren und die Renten neu regeln. Er bedeutet die Bewegung der Angestelltenversicherung als Sonderversicherung. Aus diesem Grunde verließen auch die deutschnationalen Handlungsgehilfenführer und Reichstagsabgeordnete Lam bach und Thiel die Vorlage noch vor den Sommerferien des Reichstages unter Dach und Fach zu bringen. In 14 Tagen soll die umfangreiche Vorlage im Reichstag durchgepeitscht werden, um die Sonderversicherung mit ihrer standesweisen, selbstherrlichen und kostspieligen Verwaltung zu retten. Nach allen Regeln der Kunst sollen die Angestellten überumpelt und gelähmt werden.

Die Vorlage sieht 9 Beitragsklassen vor mit Beiträgen von 15,00 M. steigend bis 98,40 M. pro Monat. Die jetzigen Beiträge betragen 1,50 M. steigend bis 25,50 M. pro Monat.

Gegenüber dieser wahnwitzigen Beitragserhöhung ist die vorgeschlagene Rentenerhöhung lächerlich gering. Das Ruhegehalt soll in Zukunft für alle Gehaltsklassen aus einem gleichen Grundbetrag von 360 M. jährlich, also monatlich 30 M. bestehen. Dazu kommen Steigerungssätze für jeden entrichteten vollen Monatsbeitrag, die in Gehaltsklasse I 1,50 M. steigend bis zu 15 M. pro Jahr in Gehaltsklasse IX betragen. Als Teuerungszuschlag soll bis zum 31. Dezember 1926 monatlich 50 M. gewährt werden. Wird also ein Angestellter der höchsten Klasse nach

20jähriger Beitragszahlung berufsuntfähig, so erhält er insgesamt 4560 M. jährlich, pro Monat also 380 M. Rente. An Beiträgen sind insgesamt 23 616 M. entrichtet, wovon der Angestellte 11 808 M. geleistet hat. Mit Zins und Zinseszins ist die Belastung des Angestellten mit über 20 000 M. zu veranschlagen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Gesetzentwurf den Teuerungszuschlag nur bis zum 31. Dezember 1926 vorläßt. Da für die Angestelltenversicherung eigentliche Rentenleistungen erst nach diesem Zeitpunkt zu gewähren sind — die erste zehnjährige Karenzzeit läuft erst im Jahre 1923 ab — so kommt der Teuerungszuschlag von 50 M. pro Monat in Fortfall. Die geringfügige die gegenwärtige von der Angestelltenversicherung gewährten Ruhegehälter und Renten sind, geht daraus hervor, daß die Ausgaben dafür im Jahre 1919 noch nicht mal 1 Million Mark bei einer Beitragsentnahme im gleichen Jahre von über 285 Millionen Mark betragen. Verständlich wird die ungeheure Beitragsbelastung der Angestellten, wenn man sich jene Stelle aus der Begründung der Gesetzesvorlage vergegenwärtigt, wo darauf hingewiesen wird, daß die Verwahrungskosten riesige Summen verschlingen. Bei Schaffung des Gesetzes waren hierfür 2 Proz. vorgesehen. Im Jahre 1919 betragen sie bereits 8,3 Proz., 1920 über 13 Proz. und man rechnet mit einer Steigerung bis zu 20 Proz. Die Angestellten sollen also für den kostspieligen Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung riesige Summen ausbringen, damit diese Sonderversicherung erhalten bleibt. Das bisherige Beitragsverfahren hat sich als ein jämmerliches Fiasko erwiesen. Die Begründung des Gesetzentwurfs muß selbst zugeben, daß verschiedene Versuche, das Beitragsverfahren unter Beibehaltung der Versicherungsfonten zu verbessern, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Die Verwaltung sei durch die bisherige Zahlungsweise unverhältnismäßig erschwert und verleert worden. So beständig sich in allen entscheidenden Fragen, wie recht die im Afa-Bund zusammengefügten Organisationen mit ihren Forderungen und ihrer Kritik hatten.

Die Sonderrentenfreunde wollen neues Unheil auf die Angestellten herabbeschwören. Unter Umgehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates drängen sie auf eine sofortige Verabschiedung, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Diesem Raubzug haben bisher nur die sozialistischen Parteien Widerstand geleistet. Wir warnen die bürgerlichen Parteien und rufen die Angestellten auf, sich bereit zu halten, um in machtlosen Rundgebungen dieses Schandwert zu verhindern.

Heberstundenwirtschaft beim Magistrat.

Beim Magistrat, Abteilung Brotversorgung, werden bereits seit Jahr und Tag Heberstunden gemacht, wobei die Angestellten 800 bis 1000 M. pro Monat Extraverdienst haben, obgleich ihnen außer der höchsten Stufe des Tarifes noch eine Extravergrütung von 200 M. pro Monat bewilligt worden ist, so daß dieselben monatlich mindestens 2000 M. Gehalt beziehen. Trotz wiederholten Drängens des Betriebsrats, daß genug erwerbslose Buchhalter da sind, hat die Verwaltung sich bis heute noch nicht veranlaßt gesehen, Maßnahmen zur Umänderung zu ergreifen. Es können für den Betrag, der an Heberstunden gezahlt wird, mindestens drei Erwerbslose eingestellt werden, wodurch für drei Erwerbslose die Unterstützungsgelder erpart würden. Ein anderer Angestellter bezieht pro Monat 1100 Mark Heberstundenlohn und hat dazwischen mit diesen Heberstunden mindestens ein Monatsseinkommen von 4000 bis 4500 M. Es wäre wohl angebracht, daß sich die sozialistischen Fraktionen des Stadtparlaments um Abhilfe bemühen, die sonst nicht erfolgt.

Das Benehmen des Herrn Magistratsrats Dr. Lehmann dem Betriebsrat gegenüber, der in dieser Sache bei ihm vorstellig wurde, läßt auch sehr viel zu wünschen übrig.

Zum Konflikt im Bankgewerbe füllte der Schlichtungsausschuß im Arbeitsministerium eine Teilscheidung dahin, daß gegen den Willen des Bankangestelltenverbandes und des Deutschen Bankbeamtenvereins eine Zulassung dritter Organisationen zu den Verhandlungen nicht möglich sei. Infolgedessen wurden der Reichsverband der Bankangestellten und der Gewerkschaftsverband der Angestellten von den Verhandlungen ausgeschlossen. Kommt es also zu einer Erneuerung des Reichstages, werden lebhaft wieder die bisherigen Tarifparteien, Allgemeiner Verband der deutscher Bankangestellten und Deutscher Bankbeamtenverein Vertreter der Angestellten sein.

Die Verhältnisse in der Selbmetallindustrie erörterte Zista in einer Verlesung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Geld- und Weichmetallindustrie am Donnerstag bei Mitternachtsfeier. Diese Industrie hatte vor dem Kriege nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande einen starken Absatz. So hatte man die Hoffnung, daß durch planmäßige Umstellung der Kriegs- und Friedenswirtschaft vor allem die Selbmetallindustrie neue und regelmäßige Arbeitsmöglichkeiten erhalten würde. Diese Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen. Allerdings brachte ein vorübergehend starkes Kaufverlangen des Auslandes nach den Erzeugnissen unserer Selbmetallindustrie vom Frühjahr 1919 bis zum Sommer 1920 ein sprunghaftes Konjunkturaufschwimmen. Als dann das Ausland wegen der Preisgestaltung das Kaufinteresse verlor, erfolgte der Sturz von besserer Konjunktur auf den Tiefstand der Krise. Denn in der Zwischenzeit hatte man es verüßelt, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um das Inlandsgeschäft zu heben. Gerade um eine solche Hebung des Inlandmarktes zu fördern, forderte der Metallarbeiterverband während der Hochkonjunktur, daß das Reich die hohen Malina-Nebergewinne erlassen solle, um sie entsprechend nutzbar zu machen. Diese Bestrebungen wurden von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments verhindert. Für den Inlandsbedarf nach Produkten der Selbmetallindustrie ist es ganz besonders wichtig, den Baumarkt zu heben. Zu dem Zweck muß vor allem die Förderung nach einer wesentlichen Senkung der ungeheuren Preise für Baumaterialien geschehen, damit einigermassen sukzessive gebaut werden kann. Da die Kollegen zur Hebung der Produktion in der Selbmetallindustrie nur allem der Hebung des Baumarktes bedürfen, müssen sie alles tun, die geschwebenden und sonst in Betracht kommenden Körperschaften in dieser Richtung zu beeinflussen. Im übrigen suchen manche Unternehmer der Selbmetallindustrie mit Absicht, durch möglichst niedrig gehaltene Beschäftigung in den Betrieben dahin zu wirken, daß die nebenbei höheren Löhne sinken. Einzelne besonders robuste Unternehmer scheuen sogar aus denselben und ähnlichen Gründen nicht davor zurück, eine vorübergehende Schließung ihrer Betriebe herbeizuführen. Nur wenn die organisierte Metallarbeiterchaft Geschlossenheit und Einheitsfront wahrhaft und den bebauerlichen, kräftigstrennenden Streit in politischen Meinungsfragen weidet, kann sie nach jeder Richtung hin mit Macht ihre Interessen wahren.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der auch die Arbeitslosenfrage erörtert und festgesetzt wurde, daß in der Berliner Selbmetallindustrie nach der letzten Feststellung 2000 organisierte Kollegen arbeitslos waren, wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen. Die Versammelten erklären sich darin mit dem Repräsentanten einverstanden und fordern von der Reichsregierung, die nötigen Mittel zur Bekämpfung der Baukrise zur Verfügung zu stellen und verpflichten sich, für die Durchführung dieser Forderung einzutreten. Auf Antrag der erwerbslosen Mitglieder wurde beschlossen, die Zusammenfassung der Erwerbslosen in die Wege zu leiten, gemäß dem der Generalversammlung unterbreiteten Antrage.

Die schwebenden Bankbeamten fast aller großen Aktienbanken traten am Donnerstag früh in den Streit. Sie fordern einen Tarifvertrag, wie ihn ihre deutschen Kollegen bereits seit dem Jahre 1919 haben. Der Börsenbetrieb ist bis auf weiteres eingestellt.

Die englischen Baumwollarbeiter beschloßen in ihrer Versammlung in Manchester, die Angebote der neuen Lohnsätze anzunehmen.

Verantwortl. für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wode, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin.

